

MITTEILUNGEN

Nr. 96 (21. Jhrg.)

September 1981

Humanistische
Union

B 20885 F

Delegiertenkonferenz 1981:

Ulrich Klug einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt

HU schließt sich der Friedensbewegung an

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn.

Beim Verbandstag im Herbst letzten Jahres zeichnete sich schon ab, daß die HU zukünftig ihre politische Arbeit nicht mehr, ohne über Frieden und Abrüstung zu sprechen, weiterführen kann. Der wichtigste Anstoß kam damals von einem Gespräch zwischen Beiratsmitgliedern und Bundesvorstand: Die HU habe sich satzungsgemäß mit diesem Thema zu befassen, weil Rüstungspolitik immer weniger nur Außenpolitik sei, sondern immer mehr innenpolitische Folgen haben werde.

Zur Delegiertenkonferenz, die am 20. und 21. Juni in Marburg tagte, lagen entsprechende Anträge vor; sie waren im Wortlaut in den letzten Mitteilungen veröffentlicht; daß die Diskussionen dieser Anträge so unerträglich lange Zeit in Anspruch nahmen und so ganz und gar nicht HUGemäß geführt wurden, lag zum einen an den sehr unterschiedlichen Ansichten der Diskutanten über die inhaltliche Formulierung, aber auch an persönlichen Empfindlichkeiten und gegenseitiger Intoleranz.

Zwei Monate später wären wir uns über den Inhalt sicher sehr viel eher einig gewesen; zwei Monate später nämlich – seit Mitte August – ist uns bewußt, daß der Frieden durch die Reagan-Entscheidung, die Neutronenwaffe zu bauen, mehr denn je gefährdet ist und mit ihr die weitere Entfaltung der Grund- und Freiheitsrechte der Menschen und die Chance für ein Mehr an Entwicklung demokratischer Strukturen für unsere Gesellschaft.

Wie will die HU nun aber die Diskussion in der Öffentlichkeit führen? – Sachlich? Moralisch? Schafft sie dies, ohne sich gänzlich in militärischen Aspekten oder in der Bergpredigt zu verlieren? Der letztlich von der DK trotz mehrfacher Umformulierungen noch monströse Inhalt des verabschiedeten Antrags wird ihr bei dieser Entscheidung nicht viel helfen können; es sind mehr Schlagworte geblieben, als daß faßbare Argumente daraus geworden wären!

– Doch lassen Sie mich zurückkehren zur DK. Vorab möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ich für die Mitteilungen nur einige Beschlüsse herausgreifen und Ihnen aufzeigen will, wie diese inzwischen vom Vorstand teilweise schon weiterbearbeitet wurden.

Alle Mitglieder, die sich über die genauen Beschlüsse informieren wollen, können sich von der Geschäftsstelle das Beschlüßprotokoll der DK zuschicken lassen; wir legen Ihnen auch nochmals die letzten Mitteilungen bei wegen der Antragstexte.

Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, daß die Anträge in Ihrer Beschlüßfassung nicht mehr in den Mitteilungen abgedruckt werden.

Vorstandswahlen

Zu berichten ist zuerst über die Wahl des Vorstands – die einstimmige Wiederwahl von Ulrich Klug wurde eingangs schon erwähnt – dessen Mitgliederzahl wiederum sieben beträgt. Wiedergewählt wurden: Werner Holtfort, Elisabeth Kilali, Jürgen Seifert, Klaus Waterstradt; neu im Vorstand sind die Lehrerin Anna Elmiger, der Betriebsratsvorsitzende Matthias Jungbluth und der Richter Ulrich Vultejus, dem in Marburg anlässlich der DK der Fritz-Bauer-Preis verliehen wurde (sh. beiliegende Rede von U. Vultejus).

An dieser Stelle sei den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihre Arbeit im Bundesvorstand und für ihre Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle gedankt. Sie werden der HU auch weiterhin eng verbunden bleiben: Volkmar Braunbehrens hat die Pressearbeit übernommen, Heide Hering wird weiterhin die HU-Expertin sein für den von ihr initiierten Entwurf eines Anti-Diskriminierungs-Gesetzes und Gerd Hirschauer bleibt der HU verbunden als Herausgeber der Zeitschrift „vorgänge“. Die Delegierten hatten in Marburg ein Bündel von 39 Anträgen und 4 Initiativanträgen vor sich liegen, die – wie in den

20 JAHRE HUMANISTISCHE UNION

Die HUMANISTISCHE UNION – eine der ältesten Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik – besteht seit nunmehr 20 Jahren. Unter dem Motto „Auch das beste Grundgesetz kann sich nicht selber verteidigen. Wir wollen es tun“ kämpft die HUMANISTISCHE UNION für Bürgerrechte und setzt sich insbesondere für den Schutz von Minderheiten und gesellschaftlich Benachteiligten ein.

Gegründet anlässlich eines Verbots einer Augsburger Opern-Inszenierung („Figaros Hochzeit“) wegen eines angeblich unsittlichen Bühnenbildes und anlässlich von aktuellen Eingriffen katholischer Kreise in die Rundfunkfreiheit am Bayerischen Rundfunk ging es der HUMANISTISCHEN UNION zunächst vor allem um die strikte Trennung von Kirche und Staat in allen Bereichen. In Aufsehen erregenden Prozessen um das Schulgebet, in der Forderung nach Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts, dem Verlangen, den staatlichen Kirchensteuer-Einzug einzustellen, hat die HUMANISTISCHE UNION versucht, Markierungen zu setzen für einen weltanschaulich neutralen Staat.

letzten Mitteilungen ausgedruckt – in verschiedene Themenbereiche zusammengefaßt waren, u. a.

- Frieden und Abrüstung
- Emanzipation
- Nürnberger Ereignisse
- Informationstechnologien
- Sozialer Bereich
- Strafvollzug

Nach einigen Zusammenfassungen der Antragskommission waren es ein paar Anträge weniger aber immer noch genug, um tagelang darüber reden zu können. Die Antragskommission hat eine Reihenfolge zur Behandlung der Anträge vorgeschlagen, die von der DK auch weitgehend eingehalten wurde.

Friedens- und Abrüstungspolitik

Zuerst standen die Anträge zur Friedens- und Abrüstungspolitik zur Debatte, die – wie schon erwähnt – in stundenlangen, kontrovers und teilweise erbittert geführten Diskussionen über grundsätzliche Positionen und über Formulierungen behandelt wurden. Die grundsätzlichen Fragen lassen sich so zusammenfassen:

- Was kann die HU konkret für die Friedenspolitik leisten, ohne sich nur auf verbale Anträge zu beschränken?
- Muß die HU in ihrer Wortwahl radikal werden oder muß sie Rücksicht darauf nehmen, weiterhin politischer Gesprächspartner für viele zu sein?
- Soll die HU grundsätzliche Forderungen stellen oder bei Einzelfragen mitdiskutieren; soll sie die Diskussionen fachlich oder moralisch führen?

Eine spontan eingesetzte Kommission versuchte einen neuen Antrag zu formulieren, der dann verabschiedet wurde. Die Themen „Kriegsdienstverweigerung“, „Wehr-

Fortsetzung nächste Seite

Zunehmend hat sich der selbstgestellte Aufgabenkatalog erweitert: seit mehr als 15 Jahren tritt die HUMANISTISCHE UNION für eine Reform des § 218 ein: als erste hat sie die Fristenregelung vorgeschlagen, die als wichtiger Schritt zu einer generellen Abschaffung des § 218 angesehen wird. An der Debatte um die Notstandsgesetze war die HUMANISTISCHE UNION führend beteiligt. Zu vielen Reformen aus dem sozialen und politischen Bereich konnte die HUMANISTISCHE UNION mit ihren Stellungnahmen und Alternativ-Entwürfen liberalere und freiheitlichere Lösungen zumindest in Teilbereichen durchsetzen: so beim Scheidungsrecht,

Fortsetzung nächste Seite – 3. Spalte

Friedensbewegung ...

kundeunterricht", „öffentliche Gelöbnisse" und „Kriegsspielzeug" wurden in gesonderten Anträgen formuliert.

Inzwischen hat sich der Vorstand dazu entschlossen, sich der Friedensbewegung anzuschließen, weil er meint, daß der verbale Protest – wie bei den Notstandsgesetzen – durch sichtbare Menschenmassen unterstützt werden muß, um wirksam zu sein. Er ruft deshalb alle HU-Mitglieder auf – es sind immerhin zweitausendfünfhundert – sich an der Demonstration am 10. Oktober in Bonn zu beteiligen (sh. beiliegendes Flugblatt).

Emanzipation

Unter „Emanzipation" gab es Anträge, die eine weitere, langwierige aber wichtige Diskussion auslöste: die zum § 218. Dabei ging es um die Frage: ersatzlose Streichung oder eine neue weitergehende Fristenregelung. Gegen die ersatzlose Streichung gab es wieder – wie schon in früheren Gesprächen innerhalb der HU – juristische und medizinische Bedenken. Diesen Bedenken stand der Hinweis entgegen, daß man in Dänemark bereits völlig ohne Gesetz auskomme. Eine andere Meinung war, eine neue, erweiterte Fristenregelung zu fordern. Beiden Anträgen konnten die Delegierten nicht ganz folgen; die ersatzlose Streichung des § 218 wurde mehrheitlich abgelehnt, der Antrag für eine modifizierte Fristregelung an den Vorstand überwiesen. Dieser hat sich fol-

der umfassendste ist, einfach kopieren würden!

Nürnberger Ereignisse

Um die Ereignisse in Nürnberg ist es nie ganz still geworden, und das ist auch gut so. Im September/Oktober beginnen die Prozesse, falls Justizminister Hillermeier bis dahin nicht – wie Ulrich Klug von ihm forderte – die Anklagen zurückgezogen hat (sh. „Kritik an Nürnberger Justiz"). Die HU Nürnberg wird den Bundesvorstand über die Prozesse auf dem laufenden halten, damit er sich zur rechten Zeit zu Wort melden kann; immerhin hat er nun einen Richter in seinen Reihen!

Informationstechnologien

Die Delegierten waren sich zu Anträgen in diesem Bereich nicht einig, ob es sich dabei um privates, kommerzielles Fernsehen und Satelliten-Fernsehen handelt oder viel umfassender um eine technologische Entwicklung in Richtung eines internationalen Netzes von Daten- und Kommunikationssystemen, das nicht mehr zu entflechten ist. Einig war man sich, daß vor der Einführung neuer Systeme die sozialen Auswirkungen und Gefahren untersucht werden müssen. Es bildete sich auf der DK spontan eine Gruppe interessierter und fachkundiger HU-Leute, die sich dieser Diskussion annehmen wollen. Die Gruppe hat sich auch schon getroffen und die verschiedenen Problembereiche, die sie untersuchen will, festgelegt.

20-Jahre HU ...

Familienrecht, Adoptionsrecht, Sexualstrafrecht und dem Ausländerrecht. Für die Polizei fordert die HUMANISTISCHE UNION seit Jahren die Kennzeichnung mit Namensschildern.

Die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 60er Jahre ist – ohne daß dies in der Öffentlichkeit immer als Leistung der HUMANISTISCHEN UNION erkannt worden ist – von der Arbeit der HUMANISTISCHEN UNION mitgeprägt worden. Als überparteiliche und unabhängige Bürgerrechtsorganisation, die auch von vielen prominenten Schriftstellern, Künstlern, Professoren, Abgeordneten verschiedener Parteien unterstützt wird, versucht sie, radikale Reformen zu formulieren und durchzusetzen. Mit dem (immer größer werdenden) Widerspruch zwischen dem demokratischen und sozialen Anspruch der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit will sie sich nicht abfinden. Ihr geht es um den verfassungsrechtlich garantierten Freiraum des Einzelnen und von Minderheiten gegen Übergriffe von Regierung, Behörden und Justiz.

In der letzten Zeit hat die HUMANISTISCHE UNION sich vor allem im Zusammenhang mit den Berufsverboten und der Praktizierung des sog. Radikalenerlasses betätigt. Im Zusammenhang mit den Gesetzen zur Inneren Sicherheit fordert sie die Verteidigung eines unantastbaren Kernbereichs der freiheitlichen Rechtsordnung. Seit 10 Jahren wird von der Waagschale der Schutz- und Freiheitsrechte etwas weggenommen und auf die Waagschale der „inneren Sicherheit" gelegt. Deshalb hat die HUMANISTISCHE UNION grundsätzliche Bedenken gegen die Einschränkung der Verteidigerrechte, das Verbot der Mehrfachverteidigung und die Razzienetze. Die Gesetze, nach denen Kritik am Staat und andere Meinungsäußerungen unter Strafe gestellt werden (§§ 88 a, 90 a, 130 a StGB etc.) sind verfassungsrechtlich bedenklich und politisch gefährlich. Erste Erfolge konnten mit der Aufhebung des § 88 a StGB errungen werden.

Aktuelle Aufgaben sieht die HUMANISTISCHE UNION bei der strikten parlamentarischen Kontrolle der Sicherheitsdienste und der Einschränkung ihrer Befugnisse sowie einem wirksamen Schutz gegen den Mißbrauch gespeicherter Daten. Dazu gehört auch das Recht auf eine freie Akten-einsicht (Freedom of Information), wie in einigen anderen Ländern bereits besteht. Darüber hinaus hat die HUMANISTISCHE UNION als erste ein Antidiskriminierungsgesetz gefordert, das vor allem in den Bereichen Arbeit, Erziehung, Justiz, Strafvollzug, Werbung und Medien jede Diskriminierung und Ungleichstellung – vor allem von Frauen – verhindern soll. Für die Psychiatriereform, für mehr Menschlichkeit im Gesundheitswesen, für eine umfassende Reform des Strafvollzuges mit dem Ziel seiner Abschaffung gibt die HUMANISTISCHE UNION wichtige neue Anstöße. Friedenspolitik und Rüstung werden in der nächsten Zeit zu einem zentralen Thema der HUMANISTISCHEN UNION, insbesondere seit mit der Aufstellung von Neutronenwaffen in unserem Land gerechnet werden muß.

Die HUMANISTISCHE UNION ist ihrem Selbstverständnis nach eine unabhängige, radikal-demokratische, emanzipatorische Bürgerrechtsorganisation, die in Landes- und Ortsverbänden sowie auf Bundesebene arbeitet. Ihr Bundesvorsitzender ist seit drei Jahren der ehemalige Hamburger Justizsenator und liberale Strafrechtler Professor Ulrich Klug. Volkmar Braunbehrens

Die HUMANISTISCHE UNION ruft auf zur
Demonstration und Kundgebung am
10. Oktober 1981
in Bonn

„Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen!
Für Abrüstung und Entspannung in Europa!"

Kontaktadresse: Aktionsgemeinschaft Dienst
für den Frieden, Blücherstr. 14, 5300 Bonn
Telefon 02 28 / 22 95 06

gendermaßen mit der DK-Entscheidung auseinandergesetzt: Die in einem Kommissionsbericht des Bundestags aufgezeigten Mißstände müssen erstmalig beseitigt, das Gesetz durch wirksame sozialpolitische Maßnahmen erfüllt werden. Die Behinderungen im Krankenhausbereich und in der ärztlichen Versorgung sind gravierend, vor allem in ländlichen Gebieten. Die HU will ihre Lübecker Beratungsstelle als Modell bekanntmachen; dort gibt es die Möglichkeit, indizierte Abbrüche ohne Wartezeiten auch ambulant durchzuführen. Dieses Modell müßte in anderen Orts- und Landesverbänden auch aufzubauen sein (sh. Bericht, „Die ‚Notlage' besteht 5 Jahre").

Ein anderer Antrag aus dem Bereich „Emanzipation" wollte sicherstellen, daß die HU weiterhin für ein „Anti-Diskriminierungs-Gesetz" kämpft. Nach dem verunglückten EG-Anpassungsgesetz gibt es Anzeichen, daß sich Politiker langsam besinnen. Im November ist ein Hearing des Innen- und Gesundheitsministeriums in Bonn vorgesehen, zu dem die HU eingeladen ist. Dabei kommt es der HU vor allem darauf an, daß Diskriminierungen in allen von ihr genannten Bereichen verboten werden, auch die indirekte Diskriminierung, daß es eine Beweislastumkehr für gerichtliche Auseinandersetzungen gibt und daß zur Überwachung des Gesetzes eine Kommission oder besser eine Bundesbehörde, eingesetzt wird, die unabhängig handeln kann.

Wir wären diesmal nicht allzu böse, wenn die Parteien unseren Entwurf, der bisher

Eine Vielzahl von Anträgen mußten, da die Zeit schon um war, ohne Behandlung an den Bundesvorstand überwiesen werden, der sich nun in vielen Sitzungen damit zu befassen hat. Einen Beschluß muß ich aber noch erwähnen – ich habe ihn bis zum Schluß vor mir hergeschoben, weil er mir nur sehr schwer aus der Feder fließt: Die Delegierten besprachen ausführlich die Finanzlage der HU und mußten sich für eine Beitragserhöhung ab 1982 entscheiden. Nach 4 stabilen Jahren findet nun eine Erhöhung von DM 96,- auf DM 120,- und von DM 24,- auf DM 36,- statt. Wie Sie alle wissen sind die Kosten in den letzten 4 Jahren rapide angestiegen und steigen noch weiter. Aber an unserer Misere ist auch noch die Tatsache schuld, daß die Einnahmen stagnieren, weil die Zahlungen viel schlechter eingehen als früher; dies hat zum Teil wirtschaftliche Gründe, zum Teil beruht dies aber auch auf der falschen Auffassung, die HU werde ihre Arbeit trotz Geldmangel leisten. Auch muß sie vielfach als Zweit- oder Drittorganisation hinter den massiven Beiträgen von Parteien und Gewerkschaften zurückstehen. Die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben läßt sich mit einer geöffneten Schere vergleichen: wenn sie sich nicht schließt, kann sie nicht schneiden und wenn sie nicht schneidet, verfehlt sie (die HU) ihre Aufgaben. Daß die Mitglieder die finanzielle Belastung auf sich nehmen, weil sie die Aufgaben nach wie vor für wichtig halten, das wünscht sich die HU zu ihrem 20. Geburtstag!

Helga Killinger

Liebe HU-Freunde,

schweren Herzens muß der Mitgliedsbeitrag nun nach 4 Jahren erhöht werden; die steigenden Kosten lassen keinen anderen Ausweg: das mußten die Delegierten nach ausführlicher Diskussion der vorgelegten Finanzberichte 1979 und 1980 und der Prognose der Revisoren für die Jahre 1981 und 82 feststellen.

Sie folgten damit meinem Antrag und beschlossen einstimmig, den Jahresbeitrag ab 1982 von DM 96,- auf DM 120,-, für alle Mitglieder ohne eigenes Einkommen, Studenten und Rentner von DM 24,- auf DM 36,- zu erhöhen.

Wenn die HU in diesem Monat ihr 20-jähriges Bestehen feiern kann, dann verdankt sie dies den regelmäßigen Arbeitssitzungen des Bundesvorstands und einer gut organisierten Bundesgeschäftsstelle. Wir müssen das Opfer für diese fixen Kosten aufbringen, wenn die HU ihr Wächteramt in der deutschen Demokratie auch weiterhin erfüllen soll. Ich glaube, daß diese Aufgabe in Zukunft noch wichtiger werden wird als bisher.

Mit herzlichen Grüßen
Euer Dr. Otto Bickel

Kritik an Nürnberger Justiz

Ulrich Klug forderte die Rücknahme der Anklage gegen Demonstranten und kritisierte scharf die Beschlagnahme des Nürnberger Monatsmagazins „plärrer“.

Bei einer Veranstaltung im Jugendzentrum „KOMM“ in Nürnberg sprach Klug von erheblichen Verfahrensfehlern bei der Anklageerhebung gegen 79 der 141 am 5. März verhafteten Demonstranten. Er richtete bei dieser Gelegenheit einen Appell an Justizminister Karl Hillermeier, die Anklage zurückzunehmen und nochmals zu überprüfen.

Klug wies darauf hin, daß noch kein Eröffnungsbeschluß eines Gerichts ergangen sei. Die Verteidiger könnten den Antrag stellen, daß die Anklageerhebung nicht zur Strafkammer, sondern zum Einzelrichter erfolge. „Juristen dürfen nicht außerhalb der Kritik der Gesellschaft operieren.“ Das Gesetz gebe der Staatsanwaltschaft zwar Entscheidungsfreiheit bei der Wahl der Gerichte, das Vorgehen der Justiz in Nürnberg halte er aber für unangemessen. Im übrigen zeige die Anklageschrift gegen 17 Personen, daß der vom Gesetzgeber verlangte Grundsatz des fairen Prozesses verletzt wurde. Den Betroffenen werde global Landfriedensbruch vorgeworfen, ohne daß der Staatsanwalt jedem einzelnen erkläre, worin konkret sein strafbares Verhalten liege.

Die Auffassung, daß alle Demonstranten schuldig sind, wenn einige von ihnen Sachbeschädigung begehen, verurteilte Klug mit Entschiedenheit. Diese Haltung entspricht dem alten obrigkeitstaatlichen Denken des vorigen Jahrhunderts. „Hier lebt altes preußisches Strafrecht wieder auf.“ Schon in der Weimarer Republik sei diese obrigkeitstaatliche Auffassung geändert worden. Die Justizreform von 1969/70, an der er aktiv mitgearbeitet habe, hätte die alten Polizeibilder aus dem Gesetz entfernt. In der neuen Form des Paragraphen 125 a sei der Tatbestand des Landfriedensbruchs neu formuliert worden. Darin heißt es ausdrücklich, daß sich nur der Täter oder jener Teilnehmer strafbar mache, der an der Tat beteiligt ist. Scharf kritisierte Klug die von der Justiz in Nürnberg interpretierte „psychische oder intellektuelle Mittäterschaft“.

Nach Paragraph 160 der Strafprozeßordnung hätte der Staatsanwalt nicht nur Belastungs-, sondern auch Entlastungsmaterial für die Angeklagten ermitteln müssen. Nichts, was zur Strafbemessung oder

Strafmilderung oder gar Strafaussetzung auf Bewährung hätte führen können, sei in den Anklageschriften zu finden.

Der „plärrer“, ein Nürnberger Monatsmagazin, veröffentlichte in der August-Ausgabe den Wortlaut der Anklageschriften. Das Amtsgericht Nürnberg ließ von der Polizei die Auflage nach § 353 d StGB beschlagnahmen; nach diesem Paragraphen dürfen Anklageschriften vor Verfahrenseröffnung nicht publiziert werden. In einem Interview mit der „Abendzeitung“ sagte Ulrich Klug:

„1974 wurde der 353 d in das StGB eingeführt. Beim Zweck der Bestimmung gehen die Meinungen auseinander. Sicher dient er dem Schutz der Rechtspflege: Die Unbefangenheit von Schöffen und Zeugen soll gewahrt bleiben, der Angeklagte vor Bloßstellungen geschützt sein. Schutz des Staatsanwaltes vor Kritik ist nicht der Gesetzeszweck!“

Bei den Reaktionen der Nürnberger Justiz ist so viel kritikwürdig, daß die Öffentlichkeit Interesse daran hat, aufgrund korrekter Angaben diskutieren zu können. Das müßte auch im Interesse der Justiz sein. Deshalb ist es sinnvoll, die Öffentlichkeit mit der genauen Formulierung zu konfrontieren.

Es war nicht erforderlich, so rigoros vorzugehen, denn die Anklageschriften waren ja vielen Leuten längst bekannt. Der Staatsanwalt sollte prüfen, ob die Strafverfolgung nicht als Bagateltsache eingestellt werden kann. Die Justiz verschärft die Lage in Nürnberg, offenbar ist präzise Kritik unerwünscht. Artikel 5 des Grundgesetzes aber garantiert die Pressefreiheit, gleichzeitig ist jedoch die Einschränkung durch Gesetze genannt. Aber es muß gesagt werden, daß bei diesem Vorgehen gegen den „plärrer“ der höherwertige Artikel 19 gefährdet wird, der besagt, daß Grundrechte im Wesensgehalt nicht angetastet werden dürfen. Der „plärrer“ tut nichts anderes, als im berechtigten Schutzinteresse der Angeklagten die gleichlautenden Anklagen korrekt zu veröffentlichen.“

Projektgruppe gegründet Informationstechnologien und Neue Medien

Auf der Delegiertenkonferenz hat sich eine Projektgruppe gebildet, die sich mit den Risiken der neuen Informationstechnologien/Neuen Medien befaßt. Das erste Treffen der Gruppe war Anfang September in Gahlen/NRW und man hat dort begonnen, einen Katalog der Problembereiche zum Thema zusammenzustellen, die im Laufe der Zeit untersucht werden müssen. Weitere Treffen sind geplant

- 3./4. Oktober bei Hagen in NRW

Thema: Breitbandkabel/Kabelfernsehen

- 14./15. November in Lübeck, SH

Thema: Rechtsfragen

Wer Interesse hat, kontinuierlich mitzuarbeiten, wende sich an: Paul Ciupke, Bildungswerk der HU NRW, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen, Tel. 0201 / 22 79 82 oder Wolfgang Killinger, Buchendorferstr. 7, 8053 Gauting, Tel. 089 / 8 50 33 63.

Vorankündigung

Memorandum zur Reform des Verfassungsschutzes

Rechtsstaat und Demokratie fordern, daß staatliches Handeln prinzipiell öffentlich sein muß. Nur dann ist eine Kontrolle durch die Parlamente, die Öffentlichkeit, die Gerichte sowie durch den Bürger als Wähler möglich. Ein Geheimdienst jedoch arbeitet heimlich, nicht öffentlich, nicht kontrolliert. So ist es nicht verwunderlich, wenn angesichts der in letzter Zeit bekannt gewordenen zweifelhaften oder auch eindeutigen rechtswidrigen Aktionen der deutschen Geheimdienste Kritik und Mißtrauen gewachsen sind.

Deshalb hat ein Arbeitskreis der Humanistischen Union in zweijähriger Arbeit ein Memorandum zur Reform des Verfassungsschutzes erarbeitet, das im Oktober veröffentlicht wird.

Religionsunterricht – Religionskundeunterricht?

Wie schon wiederholt in der Vergangenheit – das letzte Mal durch einen Antrag an die DK vor zwei Jahren – soll erneut versucht werden, innerhalb der HU eine einheitliche Stellungnahme zu erarbeiten zum Themenkomplex
Religionsunterricht
Religionskundeunterricht
Philosophieunterricht
Ethikunterricht

Wer mitarbeiten möchte, melde sich bitte bei Willi Henkel, Munzeler Str. 50, 3000 Hannover 91.

Die „Notlage“ besteht 5 Jahre

Am 21. Juni 1981 war der 5. Jahrestag des Gesetzes zur Reform des § 218 StGB. Trotz der bereits seit über 100 Jahren bestehenden Strafandrohung schätzte man vor dieser Reform — nach Angaben des Sachverständigen vor dem Bundesverfassungsgericht — etwa 300 000 illegale Abtreibungen im Jahr.

Diese sogenannten kriminellen Aborte hatten nicht selten den Tod, oft genug aber lebenslanges Siechtum zur Folge. Die Notwendigkeit, diese schlimmen Abtreibungen aus der Illegalität in die Legalität mit ärztlich gesichertem Eingriff und geregelter Nachsorge zu überführen, erbrachte nicht zuletzt durch die Initiative der HUMANISTISCHEN UNION von 1970 zunächst 1974 eine deutliche Bundestagsmehrheit für die Fristenregelung. Nach ihrem Scheitern durch das Bundesverfassungsgericht wurde am 21. 6. 1976 eine „Notlagen-Indikation“ anerkannt.

Drei Ärzte der HU in Lübeck haben 1974 eine Beratungsstelle für Frauen eröffnet zur Information und Aufklärung in Sexual- und Partnerschaftsfragen, die bis dahin noch weithin tabuisiert waren. Es wurden auch damals schon Schwangerschaftsabbrüche für die seinerzeit noch tätigen Gutachterausschüsse der Ärztekammern, in denen nur medizinische Indikationen zugelassen wurden, vorbereitet.

Nach dem 21. 6. 1976 erweiterte die „Lübecker Freie Frauenberatung der HU“ ihr Angebot an Hilfen auf

Verhütungsberatung
Sexualberatung
Partnerschaftsberatung
ärztliche Beratung
soziale Beratung
Konfliktberatung

Nachsorge und Beratung über die gesetzliche Regelung bei Schwangerschaftsabbruch aus Notlagen.

Wir haben über 5000 Beratungen in ca. 3000 Anfragen durchgeführt. Die Frauen werden bei uns ohne Wartezeiten sofort beraten. Die gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien werden strikt eingehalten. Beratungen finden nach Voranmeldung täglich statt, bei Erfordernis auch Sonnabend/Sonntag, wenn bestimmte Fristen gewahrt werden müssen. Für alle eventuellen Besonderheiten und außergewöhnlichen Fälle stehen neben 3 Ärzten noch Pädagogen, Juristen, Sozialarbeiter, Erzieher und Psychologen zur Verfügung.

Anders als bei PRO FAMILIA in Bremen finden die operativen Eingriffe nicht im gleichen Hause statt. Die Frauen werden an hilfsbereite Gynäkologen je nach Erfordernis zu ambulanten oder stationären Abbrüchen überwiesen, wobei der regelmäßige persönliche Kontakt gewährleistet bleibt.

Regelmäßig finden vorab 2 Beratungstermine und Nachberatung statt; es gibt wohl keine derartige Beratungsstelle, die 64 % Nachsorgeberatungen — aufweist. Dies spricht für die vertrauensvolle Zustimmung zu unseren Beratungen.

Übrigens nimmt z. Zt. die Zahl der Austragungen von unbeabsichtigt eingetretenen Schwangerschaften etwas zu. Dafür arbeiten bei uns Gruppen mit Schwangeren-Gymnastik, Schwangeren-Gesprächsgruppen, Baby-Spielgruppen und Mütter-Erfahrungsaustausch.

Die meisten Frauen kommen auf Empfehlung von positiv eingestellten Frauenärzten zu uns (über 50 %), etwa 30 % werden von

anderen Organisationen wie Frauenhaus, Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschafts- und Parteifrauengruppen sowie sonstigen Frauengruppen auf diese Beratungsmöglichkeit aufmerksam gemacht. Nur 15 % finden den Weg aus eigener Initiative. Eine Statistik erfaßt regelmäßig Ergebnisse über Verhütungsmaßnahmen, Altersgruppenverteilung, Personenstandsdaten und sonstige soziale Zusammenhänge.

Unser Antrag auf finanzielle Unterstützung durch das Land Schleswig-Holstein wurde abschlägig beschieden. Wir versuchen z. Zt. eine Kampagne zur bundesweiten Aufklärung in Zusammenarbeit mit den Bildungswerken der HU in Nordrhein-Westfalen und Bayern einzuleiten. Die Frauen kommen zu uns nicht nur aus ganz Schleswig-Holstein, sondern in besonderen Fällen auch aus so entfernt gelegenen Orten wie Marburg, Ulm, Stuttgart und Freiburg. Daraus ist die immer noch enttäuschende Situation der Nichteinhaltung der gesetzlichen Regelung in manchen Bundesländern abzulesen.

Die Gegner versuchten von Beginn an, die neue gesetzliche Regelung in manchen Bundesländern zu unterlaufen oder zu umgehen. Obwohl die ärztliche Hilfeleistung der Gewissensentscheidung dem einzelnen Arzt vorbehalten bleibt, haben bestimmte politische und konfessionelle Gremien ein pauschales Verbot der Hilfeleistung bei legalen Schwangerschaftsabbrüchen ausgesprochen. 1979/80 kam es — sicher auch im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes — zunehmend zu gezielten Hetzkampagnen gegen das Gesetz und gegen hilfsbereite Beratungsstellen und Ärzte. Mangelhafte Hilfeleistungen in bestimmten Regionen und tätliche Angriffe auf Beratungszentren wie z. B. PRO FAMILIA — Bremen waren die Folge.

Wir fordern daher: Schluß mit gesetzwidriger und inhumaner Hetze! Abschaffung der unwürdigen Praxis der Indikationsregelung zugunsten der Selbstbestimmung der Frauen! Großzügige Erweiterung der Möglichkeiten zur Aufklärung und Information, Mittel zur Empfängnisregelung auch für Unbemittelte! Öffentliche Unterstützung eines dichten Netzes nicht konfessionsgebundener Beratungsstellen; die „Lübecker Freie Frauenberatung der HU“ könnte dafür Modell sein! Klaus Waterstradt

Häuser bewohnbar herstellen

Stellungnahme des OV Stuttgart anlässlich der Räumung eines besetzten Hauses in Stuttgart durch die Polizei.

Die schon vom Personaleinsatz her ungewöhnliche Polizeiaktion zeigt, daß Stuttgart den Vorsprung Nürnbergs verkürzen will; auch bei uns soll die Problematik der Zweckentfremdung von Wohnungen nicht politisch, sondern durch hartes Durchgreifen gelöst werden. Dabei scheint es wie in Nürnberg offenbar gleichgültig, wenn sich die Aktion gesetzwidrig auch auf völlig unbeteiligte Passanten und Jugendliche erstreckt.

Es ist in diesem Zusammenhang eindringlich davor zu warnen, auf dem Hintergrund von Hausbesetzungen das geltende Demonstrations- und Strafrecht weiter zu verschärfen und damit den Versuch zu unternehmen, weite Teile der Jugend zu kriminalisieren. Dies gilt unter anderem für den

FÜR EINE MENSCHLICHERE SCHULE

Wachsende Schulangst und -unlust machen deutlich, daß die Schule kindlichen Bedürfnissen nicht gerecht wird und Lehrern kein partnerschaftliches pädagogisches Handeln ermöglicht.

— Eine notwendige Voraussetzung für die Verbesserung der schulischen Situation ist Entbürokratisierung. Statt Gängelung durch Erlasse und Verordnungen ist den Lehrern größtmögliche didaktische Dispositionsfreiheit zu gewähren. Auch die Eltern müssen stärker als bisher in die planerische und pädagogische Diskussion einbezogen werden.

— Eine wesentliche, auch pädagogisch wirksame Verbesserung würde durch Demokratisierung des Schulwesens erreicht. Alle Funktionsstelleninhaber, vor allem Schulleiter, sollten auf Zeit gewählt werden.

— Die bisherige Praxis der Ausgliederung behinderter Kinder zum Zwecke der Sonderbetreuung hat mehr Nachteile als Vorteile erbracht. Sonderpädagogische Maßnahmen müssen in den vorschulischen und schulischen Regelbereich verlagert werden, d. h. behinderte Kinder sind soweit als möglich in den normalen schulischen Ablauf zu integrieren. Dies setzt eine drastische Verkleinerung der jeweiligen Klassen voraus.

— Leistungsbeurteilung nach dem herkömmlichen starren Notensystem sollte durch eine ausführliche schriftliche Würdigung des jeweils erreichten Fortschritts ersetzt werden.

— Nicht einverstanden erklärt sich die HU mit der Verabsolutierung traditioneller Werte und Haltungen, wie Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit, Gehorsam und Sauberkeit, die vordemokratischen Tugenden der Unterordnung entsprechen. Sie sind zweitrangig im Hinblick auf die Einübung einer demokratischen Grundhaltung, die die Befähigung zur Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung, zum aktiven solidarischen Engagement, zum permanenten offenen Dialog, zur Kompromißbereitschaft und Respektierung Andersdenkender erfordert.

Elisabeth Kilali

in Baden-Württemberg von der CDU-Fraktion gestarteten Versuch, die Landesregierung zu einer entsprechenden Initiative im Bundesrat zu bewegen. Der Vorwurf der Gewalt darf nicht nur gegenüber den Demonstranten und Hausbesetzern erhoben werden, er richtet sich auch an die zuständigen staatlichen Instanzen, die trotz zahlreicher Warnungen und Appelle eine unzureichende Wohnungs- und Sanierungspolitik festgeschrieben haben. Ein sozial angelegtes Strafrecht darf nicht nur auf den Täter starren, sondern muß Hintergrund und gesamten Kontext einbeziehen. Man muß deshalb von einer Verschärfung der bestehenden Bestimmungen absehen und statt dessen die grundgesetzlich normierte Sozialpflicht des Eigentums gesetzlich ausfüllen sowie die bereits vorliegenden Gesetze (Zweckentfremdungsverordnungen) so anwenden, daß Hausbesitzer ihre Häuser bewohnbar herstellen und nicht, bis sie unbewohnbar sind, zu Spekulationszwecken verkommen lassen.

Volkmar Braunbehrens hat die Pressearbeit übernommen

Volkmar Braunbehrens ist Dozent für Literaturwissenschaft und Mitherausgeber der „Berliner Hefte, Zeitschrift für Kultur und Politik“. Unseren Mitgliedern ist er bekannt durch seine Arbeit im Bundesvorstand von 1965–1969 und in den letzten beiden Jahren, in denen er für die HU zahlreiche Erklärungen formuliert hat.

Für Anregungen ist er jederzeit dankbar; er ist zu erreichen in 7800 Freiburg, Fritz-Geiges-Str. 3, Tel. 0761 / 6 47 73.

Johannes Glötzner wiedergewählt

Johannes Glötzner, Lehrer für Mathematik, Religion und Sozialkunde, bayerischer Landessprecher der HU und Initiator des Bildungswerks der HU Bayern, wurde zum 3. Mal Diskussionsredakteur der Mitteilungen.

Laut Satzung ist der Diskussionsredakteur „verantwortlich für die Gestaltung eines allen Meinungen offenstehenden vereinsinternen Diskussionsorgans. Er hat darauf hinzuwirken, daß die vereinsinterne Diskussion vor der gesamten Vereinöffentlichkeit stattfindet. (...)“.

Die Vereinsöffentlichkeit wird von den „Mitteilungen“ hergestellt. Wenn Sie mitdiskutieren wollen, richten Sie bitte Zuschriften, Anregungen und Beiträge direkt an Johannes Glötzner, Prof.-Kurt-Huber-Straße 6, 8032 Gräfelfing.

FÜR DEN FALL, DASS DIESER STAAT, IN DEM ICH LEBE UND ARBEITE, EINEM ANDEREN STAAT, IN DEM ANDERE MENSCHEN LEBEN UND ARBEITEN, EINES TAGES DEN KRIEG ERKLÄRT, ERKLÄRE ICH SCHON HEUTE DIESEN MENSCHEN DEN FRIEDEN!

Unbekannter Autor

Der neue Bundesvorstand

Vorsitzender:

Prof. Dr. Ulrich Klug, geb. 1913, Albertus-Magnus-Platz, Universität, 5000 Köln 41, Tel. (0221) 4 70 42 83.

Privatdozent an der Universität Heidelberg (1950), Professor für Rechtsphilosophie u. Strafrecht in Mainz (1957) und Köln (seit 1960), 1971 bis 1974 Staatssekretär im Justizministerium von NRW, 1974 bis 1977 Justizsenator in Hamburg, Mitglied des PEN-Zentrum BRD.

Veröffentlichungen u. a.: Juristische Logik, 3. Aufl. 1966, Presseschutz im Strafprozeß 1965 (Gutachten für den „Spiegel“ im Bundesverfassungsgerichts-Verfahren), Mitverfasser des Alternativ-Entwurfs eines Strafgesetzbuches 1966 ff, des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze freier Meinungsbildung 1972 und des Alternativentwurfs einheitlicher Polizeigesetze des Bundes und der Länder 1979.

HU-Mitglied und im Beirat der HU seit 1965.

Vorstand:

Anna Elmiger, geb. 1934, Braillestr. 6, 1000 Berlin 41, Tel. (030) 7 92 52 96.

Kunsterzieherin. Mitglied der GEW, Vorsitzende des LV Berlin, Mitglied in der Gruppe „Bürger beobachten die Polizei“.

Dr. Werner Holtfort, geb. 1920, Hohenzollernstraße 6, 3000 Hannover 1, Telefon (0511) 34 26 40.

Rechtsanwalt und Notar in Hannover. Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen; Vorsitzender des Beirats der Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger, Gründer und Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins.

Zahlreiche Veröffentlichungen über rechtswissenschaftliche, rechtspolitische und gesellschaftliche Fragen. Mitglied des Bundesvorstand der HU seit 1977.

Matthias Jungbluth, geb. 1923, Forststr. 102, 5000 Köln 71, Tel. (0221) 79 17 63.

Seit 22 Jahren Büroleiter (Industrie), davon 19 Jahre Betriebsrat und seit 14 Jahren

Vorsitzender. Mitglied d. ÖTV bzw. IGM, Vorsitzender des OV Köln und Beauftragter der HU im Arbeitskreis „Trennung von Staat und Kirche“.

Elisabeth Kilali, geb. 1942, Römerstr. 40, 6501 Budenheim, Tel. (0 61 39) 83 85.

Sonderschullehrerin an einer Schule für Lernbehinderte, Mitglied der GEW und einer Frauengruppe, Vorsitzende des OV Mainz/Wiesbaden der HU. Mitglied des Bundesvorstands der HU seit 1979.

Prof. Dr. Jürgen Seifert, geb. 1928, Blumenhagenstr. 5, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) 71 92 61.

Professor für Wissenschaft für die Politik an der Universität Hannover. Politikwissenschaftliche und verfassungsrechtliche Publikationen. Letzte Veröffentlichung: „Grundgesetz und Restauration“ (Luchterhand) 1977, 3. erw. Auflage 1977.

Mitglied der GEW, Mitherausgeber und Redakteur der Zeitschrift „Kritische Justiz“, Mitglied des Bundesvorstands der HU seit 1973.

Ulrich Vultejus, geb. 1927, Brandensteinstraße 36, 3000 Hannover 81, Tel. (0511) 83 04 86.

Richter und stellvertretender Leiter am Amtsgericht Hildesheim, Lehraufträge an den Fachhochschulen Braunschweig-Wolfenbüttel und Hildesheim-Holzwinden, Mitglied der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft ÖTV.

Zahlreiche Veröffentlichungen, insbes. in den Zeitschriften „ÖTV in der Rechtspflege“ und „Einspruch“.

Dr. Klaus Waterstradt, geb. 1920, Volkerstr. 34, 2400 Lübeck, Tel. (0451) 50 13 16.

Sozialmediziner (Landesvertrauensarzt); Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, SPD-Fraktion; Bund gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV. Verantwortlich für die Weiterführung der HU-Initiative für ein menschenwürdiges Sterben im Krankenhaus. Langjähriger Vorsitzender des OV Lübeck und Leiter der dortigen „Freien Frauen- und Familienberatung (§ 218)“ der HU.

Alternative Sicherheitspolitik

Für die Orientierung in den gegenwärtigen Diskussionen der Friedensbewegung möchten wir den HU-Mitgliedern eine Untersuchung vorstellen, die das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ ausgearbeitet hat.

Interessant ist diese Untersuchung u. a. deshalb, weil sie von einem Grundrecht auf existentielle Sicherheit ausgeht, zu dem auch das Grundrecht auf Freiheit vor Angst hinzugehört und somit die Sicherheitsinteressen der Bürger der Bundesrepublik als Ausgangs- und Bezugspunkt gewählt wurden. Die Untersuchung ist in drei Teile gegliedert: — eine Kritik am Sicherheitskonzept der NATO heute; — eine Bedrohungsanalyse; — fünf Vorschläge, die alternative Konzepte einer weniger riskanten Friedenspolitik unterbreiten.

— Die NATO-Kritik weist nach, daß die „Sicherheit durch Abschreckung“ sich immer mehr in ihr Gegenteil verkehrt, also zum Kriegsrisiko wird. Spätestens mit der „Nachrüstung“ läßt sich überzeugend belegen, daß die Gefahr eines atomaren Schlagabtausch wächst und daß insbesondere in einem begrenzten Atomkrieg die Bundesrepublik das Schlachtfeld sein wird.

— In der Bedrohungsanalyse werden die Sowjetunion und der Warschauer Pakt keinesfalls verharmlost, aber es wird nachgewiesen, daß ihre ökonomischen, sozialen und politischen Interessen nicht in Richtung Expansion weisen. Die Gefahren, die von einer weiter getriebenen Aufrüstung und Kriegen mit ABC-Waffen drohen, sind ungleich größer als die Risiken, die aus einer Politik der Abrüstung durch die Bundesrepublik entstünden.

— Die fünf Vorschläge, die bereits in Friedensgruppen mit unterschiedlicher Präferenz diskutiert werden und die in der Untersuchung dargestellt und zusammengefaßt werden, sollen zeigen, daß es Alternativen zur herrschenden Sicherheitspolitik gibt; sie lauten in der Reihenfolge, in der sie vorgestellt werden:

1) Disengagement, also atomwaffenfreie Zone; 2) Neutralismus, der Versuch der Bundesrepublik und anderer europäischer Länder, sich aus den Systemen der beiden Machtblöcke herauszunehmen; 3) Konzept der strikten Defensive, die Bundesrepublik rüstet nicht völlig ab, aber sie rüstet völlig um; 4) Zivile Verteidigung, d. h. nicht Wehrlosigkeit, aber eine Absage an alle Formen der Verteidigung, die andere ver-

nichtet; 5) Einseitige und vollständige Abrüstung.

Keiner der Vorschläge stellt die Lösung aller Probleme schlechthin dar. Vielmehr geht es darum, der Friedensbewegung unter den Bürgern, in den Parteien, Kirchen und Gewerkschaften mögliche friedenspolitische Alternativen zur Abschreckungsdoktrin aufzuzeigen und zu einem alternativen Nachdenken aufzufordern.

Die Untersuchung „Kritik der Nato-Sicherheit — Friedenspolitische Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland“ liegt als Vorabdruck vor und erscheint im Spätherbst als rororo-aktuell-Taschenbuch; der Vorabdruck 250 Seiten, DIN A 4, broschiert, kann zum Preis von DM 15,- (gegen Vorauszahlung; Gegenwert als Scheck oder in Briefmarken beilegen) bestellt werden bei:

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

Als weitere Diskussionsgrundlage empfehlen wir unseren Mitgliedern auch die beiden „vorgänge“-Hefte Nr. 51 und 52, die unter dem Titel stehen „Durch Abschreckung zum Krieg“, zu beziehen bei der Europäischen Verlagsanstalt, Savignystr. 61-63, 6000 Frankfurt 1.

Betreuung von Asylbewerbern

Bericht über eine Arbeitsgruppe in Münster

Der Arbeitskreis für Ausländerfragen, in dem derzeit 8 Personen aktiv mitwirken, hat sich im Rahmen der ihm offenstehenden Möglichkeiten aktiv mit den hier in Münster bestehenden rechtlichen und tatsächlichen Problemen der Asylbewerber befaßt. In bislang 6 Zusammenkünften versuchte sich der AK einen Überblick über Unterbringung, soziale Situation und Bedürfnisse der Asylsuchenden — Pakistani, Inder, Afghanen in erster Linie — auch Eritreer, Ghanesen u. a., zu verschaffen; dabei lernten wir die Sammelunterkünfte kennen und suchten afghanische Familien auf, die seit Monaten auf die beantragte Einreise in die USA warten.

Wir sind sehr bald bestrebt gewesen, mit allen „Stellen“, die amtlich und außeramtlich sich der gleichen Problematik angenommen haben, in Kontakt zu treten, um a) Doppelarbeit zu vermeiden, b) Kompetenzstreitigkeiten von vornherein auszuschließen und c) positiv eine an den praktischen Bedürfnissen sich orientierende Aufgabenverteilung mit dem Ziel einer den Asylbewerbern direkt zugute kommenden Arbeit zu erreichen. Nach Darlegung der Anliegen der HU (leider hier im amtlichen und privaten Bereich eine unbekannte Organisation) beim Leiter des städt. Sozialamts nehmen wir nun auch an den Besprechungen teil, zu denen das Sozialamt „die mit den Problemen der Asylbewerber befaßten Stellen“ einlädt. Weitere Teilnehmer sind das Ausländeramt, die beiden Sozialarbeiter der Asylantenunterkünfte, der Diözesan-Caritasverband, Amnesty International, der Paritätische Wohlfahrtsverband, dem die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender angeschlossen ist.

In diesen Besprechungen ohne starre Tagesordnung werden die bei den beteiligten „Stellen“ jeweils aufgetretenen Fragen sehr offen erörtert und überlegt, wer, was, wie tun kann. Dabei zeigt sich ständig, daß wir in vielen Bereichen eine bisher vorhandene Lücke ausfüllen. Die verstreut untergebrachten afghanischen Familien haben in mehrfacher Weise Unterstützung durch uns erfahren können, die die Sozialarbeiter belastungsmäßig gar nicht leisten konnten, z. B. Beratung im Verkehr mit Behörden, bei Fragen der schulischen Seite für die im entsprechenden Alter befindlichen Kinder, allgemein das Zurechtkommen in einer fremden Umwelt, abgesehen von der Einstellung eines großen

An einem 16-jährigen wird ein Exempel statuiert

Der Wiesbadener Kinderschutzbund bittet die Mitglieder der HU um Spenden für seine neugegründete Arbeitsgruppe Jugendstrafrecht. Das Geld wird dringend benötigt, um alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zur Entlassung des 16-jährigen Alfred F. aus der Strafhaft ausschöpfen zu können.

Genau zwei Jahre nach dem aufsehenerregenden Urteil eines Wiesbadener Schöffenrichters, das den damals gerade 14-jährigen wegen eines Einbruchdiebstahls zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt hatte, die später nach massiven Protesten der Öffentlichkeit von einem Berufungsgericht zur Bewährung ausgesetzt wurde, kam der jetzt 16-jährige doch noch für 12 Monate in Strafhaft.

Alfred F., der als Kind unter schweren Entwicklungsstörungen litt, war nach der gewaltsamen Trennung von seinem Wahlvater, dem Publizisten Ekkehard von Braunmühl, den er 1977 in einem Heim kennengelernt hatte und zu dem er im Laufe der Jahre als einzigem Erwachsenen Vertrauen fassen konnte, einige Male rückfällig geworden, wie es zahlreiche Fachleute, der Kinderschutzbund und auch Braunmühl selbst vorausgesagt hatten.

Seit dem 24. Juli sitzt Alfred in Strafhaft, um für Delikte zu büßen, deren letztes über ein Jahr zurückliegt und für die er nach Ansicht sämtlicher mit seinem Fall vertrauten

Fachleute strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden dürfen.

Dazu die AG Jugendstrafrecht (c/o Dipl.-Päd. Renate Kaminski, Rüdeshheimer Str. 4, 6200 Wiesbaden): „Wir veröffentlichen eine Dokumentation zum Fall Alfred. Außerdem sammeln wir Informationen über andere Fälle, in denen deutsche Staatsanwälte und Jugendrichter ihre Ämter offensichtlich dazu mißbrauchen, junge Menschen als Schädlinge zu diffamieren und in die Kriminalität zu treiben. Die Jugendgefängnisse beherbergen viele Alfreds, die dort ihrem endgültigen Untergang entgegenzogen werden. Die Scham der Eltern von gefangengehaltenen Jugendlichen läßt das tiefe Schweigen über all die Schicksale verstehen und erklärt, daß sowohl die Öffentlichkeit wie auch die zuständigen Fachleute und Politiker diesem brisanten Problembereich nicht die notwendige Aufmerksamkeit widmen.“

Die Konten des Wiesbadener Kinderschutzbundes:

Deutsche Bank Wiesbaden, Konto 0116632, Kennwort: Alfred

Teils der Bevölkerung gegenüber Ausländern. In den Asylantenheimen werden von uns Beratungen — nach jeweiliger Verabredung mit den Sozialarbeitern — durchgeführt, die Asylbewerbern die Möglichkeit geben, Probleme rechtlicher und tatsächlicher Art, die sich allgemein aus ihrem Status oder durch Behördenanfragen mit Formularausfüllen etc. ergeben, zu besprechen.

Die weiteren Entwicklungen müssen abgewartet werden. Wir hoffen auf offene Information zwischen Verwaltung und uns sowie zwischen den anderen Beteiligten und uns. Innerhalb unserer Gruppe sind wir uns im klaren, daß die zwar drängenden Probleme der Asylbewerber uns nicht davon abhalten sollen, die Fragen des allgemeinen Ausländerrechts und des Verhaltens Ausländern gegenüber auch von der rechtlichen Seite her anzugehen; doch z. Z. scheint es, daß in Münster in der tatsächlichen „Betreuung“ der Asylbewerber noch zu viele Leerräume bestehen, die auszufüllen wir helfen müssen.

Ulrich Dieckmann

Arbeitsgemeinschaft für Trennung von Staat und Kirche

Am 15. und 16. August 1981 fand in Körbecke am Möhnesee durch Vermittlung des Bildungswerks NRW der HU ein Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft statt, an dem 23 Vertreter der angeschlossenen Verbände teilnahmen.

Der Samstag war mit drei Referaten ausgefüllt:

— Artur Osenberg „Der aktuelle Stand der Diskussion um die Trennung von Staat und Kirche in der BRD“

— Frank L. Schütte „Der aktuelle Stand dieser Diskussion in der Volksrepublik Polen“

— Martin Pfeiffer „Lichtbildervortrag von der II. Atheistischen Weltkonferenz in Indien“.

Der Kontakt zu der atheistischen Bewegung in Indien kam durch deren Vorsitzenden zustande, der im vorigen Jahr auf einer Europareise ein Grußwort an unsere Arbeitsgemeinschaft richtete.

Am Sonntag wurde eine ausführliche Diskussion geführt über die künftige Weiterarbeit der AG; u. a. wurde beschlossen, die Thesen zum Kirchensteuereinzug drucken zu lassen und möglichst breit in der Öffentlichkeit zu streuen. Außerdem soll gezielt Kontakt zu sympathisierenden Bundestagsabgeordneten aufgenommen werden, um diese zu entsprechenden Aktivitäten zu veranlassen. In diesem Zusammenhang sei auf einen Artikel von Dieter Noth, Sekretär von Ingrid Matthäus-Maier hingewiesen, mit dem Titel „Muß der Beitrag an die Kirchen eine Steuer sein?“ (Juli-Ausgabe der „Neuen Bonner Depesche. Die liberale Zeitung“).

Die nächste Sitzung der AG soll am 14. November 1981 in Nürnberg stattfinden; Interessenten sind — wie jedesmal — herzlich willkommen.

Otto Bickel

Was unsere Kinder seelisch krank macht...

Protokolle einer Tagung über die Zunahme kindlicher Verhaltensstörungen und deren Ursachen

- Zusammenfassungen aller Referate und Berichte
- Ergebnisse der Arbeitskreise

Anregungen und Forderungen der HU zur Verbesserung der Situation der Kinder in unserer Gesellschaft

- im familiären und schulischen Bereich
- in Architektur und Städteplanung
- in der psychosozialen Versorgung

Die Broschüre, 80 Seiten, broschiert, kann zum Preis von DM 4,— + DM 1,— für Porto (auch in Briefmarken) bestellt werden bei der Geschäftsstelle der HU, Bräuhausstr. 2, 8000 München 2.

Reminiszenz an die DK 1981

Kopfschüttelnde Nachbemerkung

Als im Dienste der HU Ergraute, von der Delegiertenkonferenz 1981 aus Marburg heimgekehrt, blätterte ich verwirrt in der HU-Satzung. Geplagt von den sich nicht abweisenlassenden Fragen:

Ist die alle 2 Jahre in ihren Statuten vorgeschriebene Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union

a) als Spielwiese für Profilneurosen definiert, die

b) den Bundesvorsitzenden der HU zum stummen Laisser-faire verdonnert, die

c) die Delegierten zur Toleranz von Intoleranz verpflichtet,

d) Berufstätigen (Delegierten wie Gästen) Dreiviertel-Tage verplumpernde Zeitverschwendung abverlangt und

e) eine lautstarke, berlineske Dreipersonen-Minderheit als Inquisitionstribunal bei der Personenbefragung vor der Bundesvorstandswahl vorsieht?

Nein. Den Vätern der HU-Satzung sei Dank!

Die auf der Marburger DK praktizierten Punkte a) bis e) stehen nicht in dem den Ablauf der Delegiertenkonferenz der HU regelnden Organisationspapier. Es wurde am 20./21. Juni im Saal pervertiert. Und damit entwickelte sich die diesjährige DK auf weiten Strecken zur unter a) charakterisierten Spielwiese, von der sich einige Teilnehmer „mit Grausen wendeten“, abreisten und den sachkundig-argumentativen Standort der HU bezweifelten.

Fazit und Empfehlung für die Delegiertenkonferenz 1983: Ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer – soweit sie sich zu Wort zu melden gedenken – lernen auf ihrer Anreise die HU-Satzung auswendig und sagen die in ihr enthaltenen, die DK betreffenden Passagen mit dem Bekenntnis, sie nicht vergewaltigen zu wollen, als Eröffnungsritus reihum auf. Beginnend mit dem lebenswürdigen, noch amtierenden Bundesvorsitzenden.

Charlotte Maack

Zehn Gebote für Delegierte der HU

1. Produziere möglichst viele Anträge. Du brauchst sie nicht sorgfältig zu begründen oder Dir den Kopf zu zerbrechen, wie sie durchgesetzt und finanziert werden können. Das überlasse den Vorstandsmitgliedern. Sie haben nämlich absolut nichts zu tun und sind dankbar für jede neue Aufgabe. Formuliere also nur den allgemeinen Gedanken und Deine Beweggründe.

2. Fallen Dir aber keine Anträge ein, so schadet das nichts. Tadele in diesem Falle den Vorstand, weil die Basisarbeit ungenügend sei. In einer wirklichen Demokratie, in welcher selbstverständlich die Willensbildung von oben nach unten zu gehen hat, ist immer der Vorstand dafür verantwortlich, wenn die Basis nichts tut.

3. Wichtig ist, daß Deine Anträge am Anfang beraten werden, solange noch keiner an zeitliche Beschränkung denkt. Das erreichst Du mit Geschäftsordnungsdebatten. Und Sorge für lange Diskussionen! Denn die Anträge anderer sind nicht so wichtig. Sie kann man immer noch zum Schluß als Material an den Vorstand überweisen.

4. Wer gegen Deinen Antrag redet, ist entweder dumm oder gemein. Tue das Deiner Umgebung auch kund! Im ersten Fall werfe flehentliche Blicke nach oben, als wolltest Du sagen: Herrgott, verzeh diesen Wahnsinnigen. Deutlicher sind freilich Rufe wie: „Das darf doch einfach nicht wahr

sein!“. Oder „So was lebt, und Schiller mußte sterben!“. Im zweiten Fall rufe von Zeit zu Zeit laut „Unverschämtheit“ oder „Heuchelei“ dazwischen.

5. Bleibe im Reich reiner Utopie. Das ermöglicht es, Delegierte, die durch praktische Maßnahmen konkret helfen oder politisch Durchsetzbares erreichen wollen, als Opportunisten zu schelten oder – je nachdem – als Frauenfeinde oder Pfaffenknechte.

6. Wechselt ein anderer Delegierter seine Meinung, so begrüße ihn, wenn er dadurch jetzt Dein Verbündeter geworden ist, als lernfähig. Im anderen Fall schilt ihn Verräter.

7. Einige Vereins- oder Beiratsmitglieder sind Parlamentarier oder Minister. Diese werden im Laufe der letzten Jahre in irgendeiner wichtigen Frage („Nachrüstungs“-Beschluss, Berufsverbot, Hausbesetzerproblem, Sicherheitstrakt) Fehler gemacht haben. Räche Dich durch den Antrag, sie aus dem Verein auszuschließen.

8. Vorstandskandidaten pflegen aufgrund ihrer politischen Einsichten vorgeschlagen zu werden. Diese sind den Delegierten bekannt. Beantrage gleichwohl eine Personabefragung. Sie gibt Gelegenheit, Vorstandsmitglieder, die gegen Deine Anträge sind, inquisitorisch zu zwingen, sich für ihr Abstimmungsverhalten zu rechtfertigen.

9. Gib niemals auf, wenn Du mit einem Antrag unterlegen bist. Denke daran, daß Du ihn alle zwei Jahre wiederholen kannst. Du brauchst ihn dann nicht mehr zu begründen. Es genügt, auszuführen, wie sehr Dich das Verhalten der Delegierten in der vorherigen Konferenz enttäuscht hat.

10. Gibt es viele Wortmeldungen, so verzage nicht. Du hast die Möglichkeit, auf der Stelle dranzukommen, indem Du Dich „zur Geschäftsordnung“ meldest. Es kommt nicht darauf an, ob Du wirklich zur Geschäftsordnung oder zur Sache sprechen willst. Im letzteren Falle beginne einfach, Du könntest das Verfahren abkürzen, weil Dein Sachbeitrag so evident sei, daß er jedermann ohne weiteres einleuchten werde.

Werner Holtfort

RAF-Aussteigen darf nicht Verrat bedeuten

Der Vorsitzende der HUMANISTISCHEN UNION, Prof. Dr. Ulrich Klug, hat in einem Schreiben Bundesjustizminister Schmude im Zusammenhang mit dem Fall des Peter-Jürgen Boock aufgefordert, alles zu tun, um zu verhindern, daß auf „Aussteiger“ aus der RAF weiterhin Druck ausgeübt wird, auszusagen und andere zu belasten. In dem Schreiben heißt es: „Aussteiger aus der RAF dürfen nicht zu Verrätern gestempelt werden“. Nur dann wird „für potentielle Aussteiger wirklich ein Anreiz gegeben, sich von der RAF zu lösen“. Ein faires Verfahren gegen Peter-Jürgen Boock könne auf die noch verbliebenen RAF-Mitglieder Signalwirkung haben.

Kluges Handeln statt Tränengas

Zu den Erwägungen von Innensenator Lummer, in Berlin bayerische Verhältnisse, nämlich den CS-Reizstoff, einzuführen, stellte die HU Berlin folgendes fest:

Wenn der neue Senat schon nach so kurzer Zeit der Regierungsverantwortung eine Verschärfung der Gewalt ins Auge faßt, zeigt er damit, daß er nicht daran interessiert ist, Mißstände, die diesen berechtigten Protest auslösen, zu beseitigen.

CS ist ein chemischer Kampfstoff, von dem bereits eine kleine Dosis genügt, um zeitweilige Erblindung in Zusammenhang mit Hustenkrämpfen und Übelkeit hervorzurufen, die die betroffenen Personen vollkommen hilflos und kampfunfähig machen. Die Anwendung von CS soll offenbar die Behandlung der Ursachen für die Krawalle ersetzen und eine blinde Anerkennung der Staatsautorität erzwingen.

Besser wäre, sich durch kluges und verständnisvolles politisches Handeln Respekt zu verdienen. Es ist unerträglich, daß der Kampfstoff CS dazu beitragen soll, eine ungerechte und korrupte Wohnungspolitik fortzusetzen.

Kurzberichte – Informationen – Einladungen

Bonn

Der „Politische Stammtisch“, den einige Bonner HU-Mitglieder in den letzten Monaten versucht haben anzubieten, ist leider nur auf begrenztes Interesse gestoßen. Nach der Sommerpause wollten wir es daher mit einem etwas veränderten Konzept noch einmal versuchen.

Bei den neuen Terminen gibt es zwei entscheidende Veränderungen: zum einen verlegen wir das Treffen für die nächste Zeit in eine Privatwohnung, um durch den persönlichen Rahmen vielleicht auch das Entstehen von Kontakten zwischen den Mitgliedern, Interessenten zu fördern. Zum anderen sollen die Abende jeweils unter ein konkretes politisches Thema gestellt werden, für das wir kompetente Diskussionspartner gewinnen wollen. Neuer **Jour fixe** ist jeweils der **zweite Dienstag** eines Monats.

Das Treffen im September 1981 stand unter dem Thema „Hausbesetzungen, Ju-

gendprotest, Wohnungspolitik“. Am **Dienstag, dem 13. Oktober**, wollen wir über Rüstungspolitik diskutieren. Für die Termine am **10. November** und am **8. Dezember** sind die Themen noch offen. Weitere Informationen erhalten Sie bei Norbert Lamertz, Bonn, Tel. 35 62 70.

Dortmund

Die Mitglieder sind hiermit herzlich zur **ordentlichen Mitgliederversammlung** am Donnerstag, dem 26. November 1981 um 19.30 Uhr Stadthaus, Südwall 2-4, Raum 731 eingeladen.

Haupttagesordnungspunkt ist die **Neuwahl des Vorstands**. Ferdinand Tjaden kandidiert nicht wieder. Ab 26. November 1981 gilt deshalb eine neue Anschrift für den Ortsverband Dortmund.

Der Arbeitskreis „Kultur und Politik 1945–1956“ hat sich seit Anfang des Jahres mit dem Projekt einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Wie wir wurden, was wir sind“ – Weichenstellungen nach 1945 beschäftigt.

Kurzberichte — Informationen — Einladungen (Fortsetzung)

Vorgesehen sind drei Veranstaltungen im November:

6. 11., 19.30 Uhr Lesung von Texten der Nachkriegsliteratur mit Dortmunder Schauspielern (Studio der Stadt- und Landesbibliothek)

10. 11., 19.30 Uhr Film über die Nachkriegszeit in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Kino (Henßler-Haus)

12. 11., 19.00 Uhr Round-Table-Gespräch über die Weichenstellungen in Kultur, Wirtschaft und Politik (Studio der Stadt- und Landesbibliothek)

Interessenten sind herzlich eingeladen, übrigens auch zu den Sitzungen des Arbeitskreises; die nächste ist am 4. 10., 18 Uhr in der Stadt- und Landesbibliothek.

Erlangen

Der Ortsverband beteiligte sich an der Woche der Geistesfreiheit im Juli.

Der „Humanistische Dialog“ im September hatte das Thema „Arbeiterliteratur“ behandelt. Die weiteren Termine und Themen sind:

14. Oktober Gentechnologie

11. November Ökologie und Friedenspolitik

9. Dezember Chancen von Initiativgruppen — Erfahrungen aus 12 Jahren, jeweils 20 Uhr, Kulturtreff, Helmstraße 1 Essen

Der Ortsverband unterstützte die Forderung des Kinderhauses Essen an die Stadtverwaltung, endlich die Fortsetzung der Arbeit mit 25 ein- bis vierjährigen Kindern durch den Abschluß eines Mietvertrages sicherzustellen.

Diese Arbeit sei notwendig

- wegen der katastrophalen Unterversorgung mit Krippenplätzen in Essen (115 Plätze für ca. 15 000 Kinder im Alter bis zu drei Jahren),
- um weiter an einem Erziehungskonzept arbeiten zu können, das unter starker Beteiligung der Eltern versucht, eine Alternative zu den strukturellen Unzulänglichkeiten öffentlicher Vorschulerziehung zu entwickeln.

Die Arbeitsgruppe „Strafvollzug“ in Essen sucht dringend Mitarbeiter, um sich folgenden Schwerpunktthemen widmen zu können:

- Arreststrafen
- Jugendstrafvollzug
- Bildungs- und Ausbildungsprobleme im Vollzug
- Sozialtherapie
- Gruppenarbeit im Gefängnis oder Stadtteilarbeit mit Entlassenen?
- Medizinische Versorgung
- Haftbedingungen politisch motivierter Straftäter
- Straftheorien.

Interessenten wenden sich bitte an Karl Cervik, 4300 Essen, Carmerstr. 15, Telefon 02 01 / 79 64 08.

Frankfurt

„Ehescheidung bzw. Trennung von Partnern ohne Trauschein — Gibt es eine gerechte Versorgungsregelung?“ — So lautete das Thema am 2. September im Haus

Dornbusch. Die Leitung hatte Dr. Paul Lindemann.

Weitere Frankfurter „E-Mi-Mo“-Themen (Erster Mittwoch im Monat, 20 Uhr, Haus Dornbusch):

7. Oktober: Ethikunterricht oder Religionsunterricht — Was brauchen unsere Kinder? (Leitung: Diplompsychologin Nora Walcher, Vorsitzende des Frankfurter Ortsverbandes der HU);

4. November: Wie kann die Krankenversorgung humaner werden? (Leitung: Klaus Scheunemann);

2. Dezember: Landfrauenbeauftragte — Alliiert oder Motor der Gleichberechtigung? (Leitung: Nora Walcher).

Niedersachsen

Wegen des Ausscheidens von Dr. Till Müller-Heidelberg und Dr. Mohan Ramaswamy war eine Nachwahl zum Landesvorstand nötig geworden. Auf Beschluß der Versammlung wurden in den Landesvorstand für die verbleibende Zeit (Neuwahl Jan. 82) gewählt:

Otfried Kleinrath, Am Katztore 12, 3200 Hildesheim,
Hildegard Pfeil, An der Bauwiese 13, 3000 Hannover 91,
Bodo Wiechmann, Bödekerstr. 88, 3000 Hannover 1.

Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Referat von Dr. Müller-Heidelberg zum Thema „Die (un)heimliche Staatsgewalt — Thesen zur Reform des Verfassungsschutzes“, in dem er die Ergebnisse eines bundesweiten Arbeitskreises vorstellte.

Die geplanten Gesprächskreise für das 2. Halbjahr sind:

5. Oktober: Meinungsfreiheit und Mäßigungsangebot für Beamte,

2. November: Demonstrationsrecht,

7. Dezember: Einschränkung der Pressefreiheit durch Beschlagnahme von Filmmaterial etc.

Alle Gesprächskreise finden statt um 20.00 Uhr in der Gaststätte „Haus des Sports“, Maschstr. 20 in Hannover (neben dem „Haus der Jugend“).

Nürnberg

Vor der Sommerpause fanden in Nürnberg zwei wichtige Veranstaltungen statt; im Juni sprach S. A. Barram über das Thema „Informationsfreiheit“; im Juli U. Klug über die „Einschränkung des Demonstrationsrechtes durch psychische Mittäterschaft“; er übte scharfe Kritik an der Staatsanwaltschaft bei der Massenverhaftung in Nürnberg am 5. März.

Im September soll voraussichtlich, kurzfristig angesetzt, ein Humanistischer Dialog zum Thema „Kinder im Straßenverkehr“ stattfinden.

Im Oktober oder November wollen wir uns mit dem Thema „Rüstung“ befassen („Entrüstet Euch!“).

Im Dezember ist mit der evangelischen Studentengemeinschaft das Thema „Alternativen zur militärischen Verteidigung“ geplant. Prof. Ebert aus Berlin hat das Referat zugesagt.

Daneben wollen wir als Ortsverband mit den Eltern der am 5. März inhaftierten Jugendlichen eine Diskussionsveranstaltung zu den dann bis dahin angelaufenen Prozessen durchführen. Richter U. Vultejus hat zugesagt, für die HU mitzuwirken.

Die Vorbereitung dieser Veranstaltungen kostet uns sehr viel Zeit und Geld, deshalb heute nochmals an alle Freunde die Bitte um Mitarbeit und Spenden; unser Konto:

Humanistische Union e. V.

Ortsverband Nürnberg

Postscheckamt Nürnberg, Konto Nr. 6946-851.

München

Wir möchten die Mitglieder in München und Umgebung auf eine Veranstaltung aufmerksam machen, die sich mit den Staatsleistungen an die Kirchen befaßt.

Prof. Knut Walf informiert über „Konkordate und Kirchenverträge“ am **28. September**, 20 Uhr, Lyceum-Club, Maximilianstr. 6.

Landesverband NRW

Zusammen mit der Dortmunder Bürgerinitiative „Stop Kabelfernsehen“ hat der HU-Landesverband NRW eine Broschüre „Schöne neue Medienwelt?“ herausgegeben, die die Aussichten, insbesondere Risiken des Kabelfernseh-Pilotprojekts Dortmund und der sog. Neuen Medien insgesamt beleuchtet.

Gegen Einsendung von 1,- DM in Briefmarken zu haben bei: Landesverband NRW der HU, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1.

BILDUNGSWERK DER HU NRW

Das Bildungswerk der HU NRW führt im Herbst u. a. folgende **Wochenendseminare** durch, die für HU-Mitglieder von Interesse sein könnten:

● Der gläserne Mensch — Datenschutz und Datenmißbrauch im Bereich von Betrieben, Ämtern und Behörden sowie des Kreditwesens.

16.-18. 10. 81, Gutshof Meier-Gresshoff, Oelde/Westf.

Referent: Sebastian Cobler

● Probleme linker Polizeikritik und praktisch-politische Ansätze außerparlamentarischer Polizeikontrolle.

12./13. 12. 81, AWO-Bildungsstätte Altena
Referent: Falco Werkentin / Clemens Rothkegel

● Ehrenamtliche Betreuer und Strafvollzugsgesetz.

27.-29. 11. 81, sdf-Bildungsstätte Rhenberg-Budberg/Niederrhein
Referent: Manfred Förster

Für alle Seminare Teilnehmerbeitrag: 25,- DM

Nähere Informationen und schriftliche Anmeldung beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V., Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1, Tel.: 0201 / 22 79 82

Verlag: Humanistische Union e. V., Bräuhausstraße 2, 8000 München 2, Telefon (0 89) 22 64 41 / 42

Erscheinungsweise: 1x vierteljährlich

Für diese Mitteilungen ist Helga Killinger verantwortlich (für den Diskussionsteil Johannes Glötzner, Prof.-Kurt-Huber-Straße 6, 8032 Gräfelfing).

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1 700 678 600
Postscheck München 104 200-807

Beilagen: Flugblatt, Rede U. Vultejus

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 1. 11. 1981